



## EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

*Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.*

*Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Polen, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Was können wir zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten beitragen?*

Name: **Simunovic**

Rolle: **Engagiert\*e Bürger\*in**

### Rollenbeschreibung

Sie sind ein/e engagierte/r Bürger\*in, die hin und wieder gerne an Podiumsdiskussionen teilnimmt. Sie stimmen mit den meisten Positionen der übrigen Teilnehmenden des Podiums nur wenig überein. Selbstverständlich steht für Sie die Stärkung von Demokratie und der Menschenrechte an erster Stelle, jedoch sollten sich Ihrer Meinung nach Staaten wie Deutschland zunächst mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen, wie die Angriffe auf Reporter\*innen im Zuge der Corona-Pandemie oder das Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland und Europa, bevor man andere Staaten außerhalb der EU kritisiert.

Denn auch die EU sollte zunächst einmal bei sich selbst anfangen: Erst im letzten Jahr sind in Schweden und Italien (rechts-)radikale Parteien Teil der von der Bevölkerung gewählten Regierung geworden, in Ungarn und Polen werden demokratische Freiheiten immer weiter eingeschränkt.

Sie sind der Meinung, dass Deutschland und die EU in ihren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu anderen Staaten vor allem auf ihre eigenen außenpolitischen Ziele achten sollten. Die Achtung von Menschenrechten und demokratischen Werten zur Bedingung für die Zusammenarbeit werden zu lassen, könne man sich angesichts der eigenen Situation und Vergangenheit nicht leisten.

### Situation der Demokratie in Deutschland und Europa

Demokratien stellen sich einigen Herausforderungen. Etwa die Wahlbeteiligung, die beispielsweise bei den Bundestagswahlen in Deutschland seit den 70ern einen sinkenden Trend aufweist, obwohl freie, gleiche und geheime Wahlen ein wichtiges Instrument der Beteiligung in Demokratien sind.

Auch die Pressefreiheit ist kein zu 100 Prozent gesichertes Gut: Laut der weltweiten Rangliste zur Pressefreiheit, die die NGO "Reporter ohne Grenzen" jährlich herausgibt, hat sich die Pressefreiheit in Deutschland erneut verschlechtert. Gründe hierfür sind verstärkte Gewalt gegen Journalist\*innen, weniger Vielfalt und Schwierigkeiten beim Schutz von Quellen, die für unabhängigen Journalismus sehr wichtig sind. Ihrer Meinung nach sollte sich Deutschland auf die Schaffung neuer Gesetze konzentrieren, die die Bekämpfung dieser Probleme angehen, statt mit dem Finger auf andere Staaten zu zeigen und dort Missstände anzuprangern.

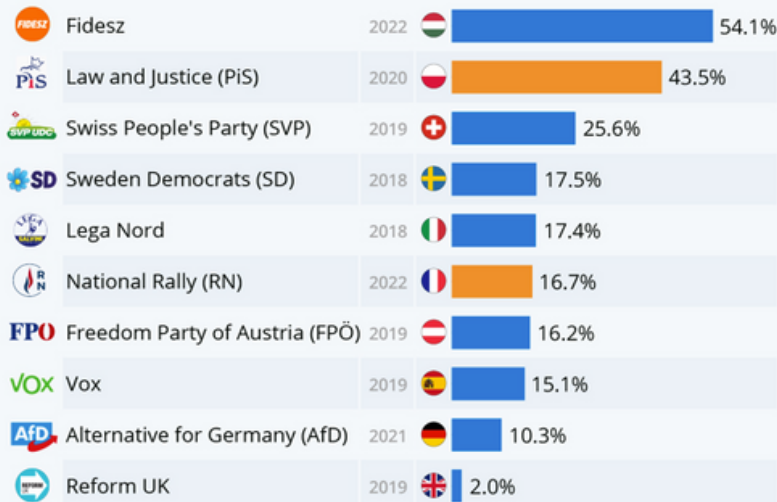
Insbesondere in den EU-Staaten Polen und Ungarn lassen sich demokratiegefährdende Entwicklungen beobachten. Dazu gehört die Einschränkung der Unabhängigkeit der Gerichte, freier Wahlen und die bedrohte Meinungs- und Pressefreiheit.

## Wo die Rechtspopulisten in Europa am erfolgreichsten waren

Jüngste nationale Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in ausgewählten europäischen Ländern

■ Parlamentswahl

■ Präsidentschaftswahl



statista

## Der "Flüchtlingsdeal"

Der sogenannte „Flüchtlingsdeal“ ist eine Vereinbarung der EU mit der Türkei (2016), die zum Ziel hat, dass weniger Menschen Asyl in Europa beantragen können. Nach der Vereinbarung können Menschen, die auf griechischen Inseln die EU betreten und zuvor die Türkei als Durchgangsland nutzten, in die Türkei abgeschoben werden. Der Türkei wurden Gelder in Höhe von 6 Milliarden Euro von der EU für die Versorgung von schutz-bedürftigen Personen zugesagt. Insgesamt ist auch die Vertiefung der Beziehung zwischen der EU und der Türkei ein Ziel der Vereinbarung.

## Kritik an der „moralischen Belehrung“ anderer Staaten

Deutschlandfunk, 23.11.2022

### „Heuchelei, Doppelmoral, (...)“ – Kritik an der Katar-Kritik.

.... Focus-Korrespondent Ullrich Reitz schrieb: „Wir Deutschen haben uns nach der Aufklärung durch Kant und Co. unser Werteland mühevoll erarbeitet, nachdem wir vorher in aller Welt Ströme von Blut[1] verursacht haben. Vielleicht sollten wir es bei der Belehrung von anderen vorsichtiger angehen lassen.“ .....

....Der Chefredakteur der Nachrichtenseite „Arabi 21“, Feras Abu Helal, verweist darauf, dass viele der größten Baufirmen bei den WM-Projekten in Katar aus dem Westen stammten. Zudem verdienten westliche Arbeitnehmer in diesen Branchen deutlich höhere Gehälter als Wanderarbeiter aus Asien. Diese Tatsachen würden jedoch von westlichen Kritikern der Menschenrechtslage in Katar selten angesprochen...

[1] Hier wird sich auf Abschnitte der deutschen Vergangenheit, wie z. B. den Kolonialismus, den Holocaust oder den 1. und 2. Weltkrieg bezogen.

Tagblatt, 27.08.2016

### Soll mal einer die Türkei verstehen

«Ihr Europäer moralisiert nur, habt aber von uns keine Ahnung. Eure Zeitungen zeigen ein verzerrtes Bild unseres Landes.» (Zitat eines türkischen Staatsbürgers)

## Das Flüssiggasabkommen

Im November 2022 einigte sich Deutschland mit Katar über einen Liefervertrag von Flüssigerdgas. Für einen Zeitraum von 15 Jahren, mit Beginn in 2026, soll das Emirat Deutschland jährlich zwei Millionen Tonnen Flüssiggas liefern. Befürworter des Abkommens loben die dadurch gestärkte Energiesicherheit, Gegner verweisen auf die Menschenrechtsverletzungen in Katar. Insbesondere durch die WM rückte das gesetzliche Verbot von Homosexualität, die Diskriminierung von Frauen durch Gesetze und im Alltag und die lebensgefährlichen Bedingungen für Gastarbeiter\*innen in das Zentrum der Aufmerksamkeit.